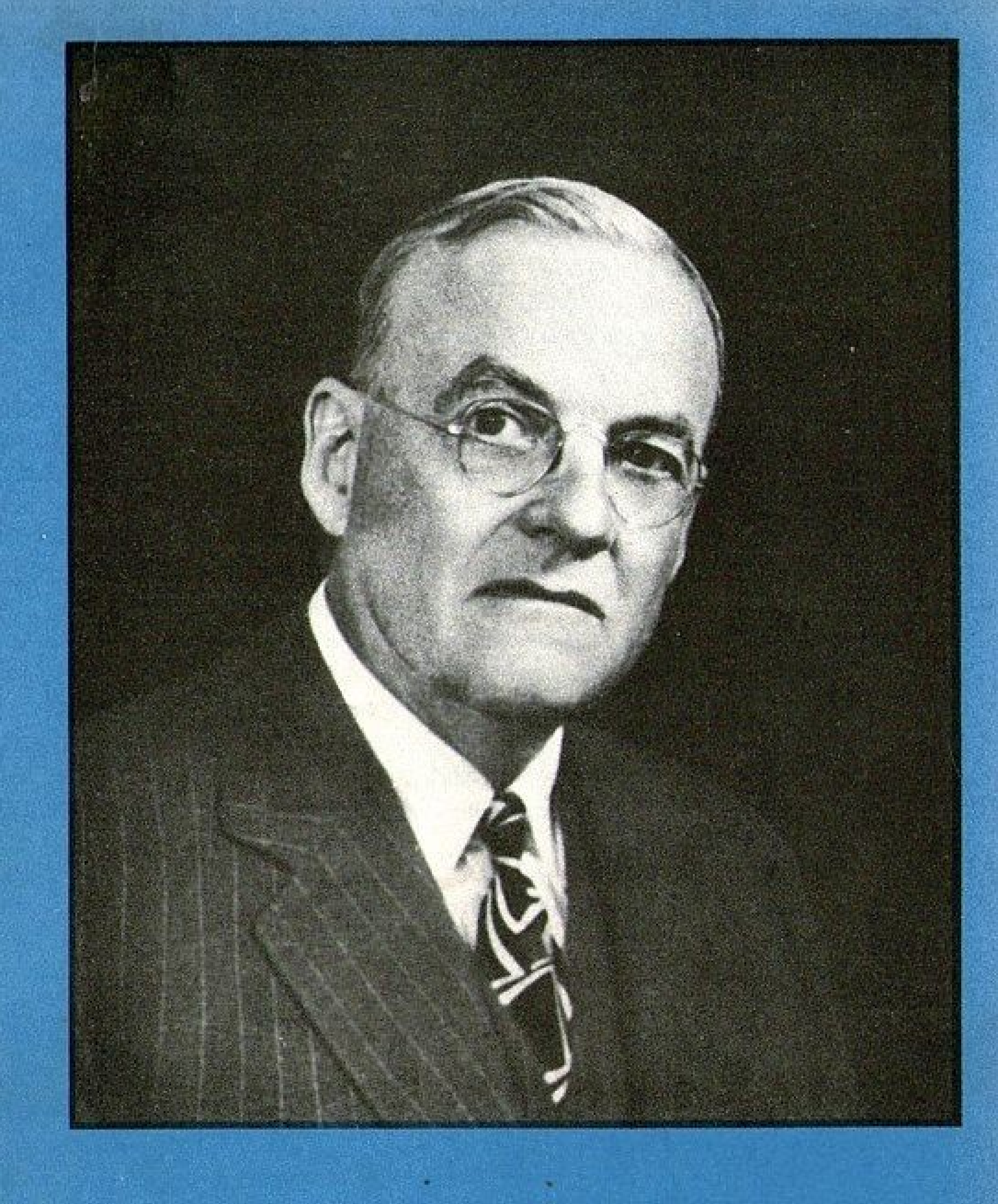


DAS FAZIT VON BERLIN

RECHENSCHAFTSBERICHT DES AMERIKANISCHEN AUSSENMINISTERS JOHN FOSTER DULLES ÜBER DIE ERGEBNISSE DER BERLINER AUSSENMINISTERKONFERENZ

KEIN KOMPROMISS ZWISCHEN FREIHEIT UND SKLAVEREI

Am vergangenen Freitagabend kehrte ich nach vierwöchigen täglichen Verhandlungen in Berlin mit den Außenministern Frankreichs, Großbritanniens und der Sowjetunion — Bidault, Eden und Molotow — nach Washington zurück. Auf meinem Rückweg traf ich auch mit Bundeskanzler Adenauer zusammen.

Nach meiner Rückkehr habe ich hier eine gewisse Verwirrung hinsichtlich der wirklichen Geschehnisse in Berlin angetroffen. Das ist nicht überraschend. Es ist schwierig, die Ergebnisse von vierwöchigen Debatten über viele Punkte schnell zu überblicken. Die echten Ergebnisse können wirklich erst nach vielen Monaten deutlich erkannt werden. Ich kann jedoch feststellen, daß dieses Treffen zwei Resultate zeitigte, die die Zukunft in umfassender Weise beeinflussen werden.

Erstens brachten wir Molotow in bezug auf Europa dazu, die Absichten der Sowjetunion offen darzulegen. Diese Absichten erwiesen deutlich genug, daß die Sowjetunion alles behalten will, was sie besitzt, darunter Ostdeutschland und den Osten Österreichs, und daß sie ferner danach trachtet, noch mehr unter ihren Einfluß zu bekommen.

Zweitens setzten wir bei Molotow in bezug auf Korea und Indochina die Annahme einer Resolution durch, die den amerikanischen Standpunkt zum Ausdruck brachte, daß nämlich Rotchina an der Behandlung dieser beiden Probleme zwar teilnehmen könne, dies aber nicht als eine von uns anerkannte Regierung tun werde.

Sie können mich fragen, ob es sich lohnte, nach Berlin zu gehen und die großen Anstrengungen, die die Konferenz erforderte, zu machen, um dann nur diese Resultate zu erzielen.

Ich antworte mit "ja" und habe darüber nicht den geringsten Zweifel. Berlin machte den Weg frei für andere zu treffende Maßnahmen. Die Einigung und die Stärkung Westeuropas kann nun voranschreiten. In Asien könnte es zu einer Wiedervereinigung Koreas und zu einer Beendigung der Aggression in Indochina kommen, — wenn Rotchina dies wünscht.

Ich prophezeie nicht, daß diese Dinge eintreffen werden. Was ich vielmehr sagen möchte, ist, daß sie nicht hätten eintreffen können, wenn es keine Berliner Konferenz gegeben hätte.

Fünf Jahre waren vergangen, seit die westlichen Außenminister mit dem sowjetischen Außenminister zusammengekommen waren. In diesen fünf Jahren ist vieles geschehen.

In Korea war ein Krieg ausgebrochen und beendet worden. In Indochina hatte ein Krieg unheilvolle Ausmaße angenommen.

Stalin war gestorben, und seine Nachfolger schlugen sanftere Töne an.

Sechs Nationen Westeuropas hatten eine Gemeinschaft für Kohle und Stahl geschaffen und den Plan gefaßt, eine europäische Verteidigungsgemeinschaft zu bilden.

Rotchina war als eine aggressive militärische Macht hervorgetreten, die ihr ungeheures Menschenpotential mit dem der Sowjetunion vereinigte.

In der Sowjetunion selbst zeichneten sich Schwierigkeiten auf dem industriellen und landwirtschaftlichen Sektor ab.

In Ostdeutschland enthüllte der spontane Volksaufstand vom 17. Juni 1953 wie ein greller Blitzstrahl, wie sehr die versklavten Menschen nach Freiheit dürsten.

Wie konnten diese ganzen Ereignisse nach weltpolitischen Gesichtspunkten bewertet und eingeordnet werden? Es wurden viele Spekulationen angestellt und keiner wußte etwas Genaues. Die Unsicherheit in der Bewertung führte zu einer zögernden Haltung, zu Illusionen und zu einer gewissen Untätigkeit.

Es gab nur eine Möglichkeit, etwas Genaues herauszufinden — mit den Sowjets zusammenzukommen und sie auf eine praktische Probe zu stellen.

Wir gingen nach Berlin in der Hoffnung, daß die sowjetische Politik nun die deutsche Wiedervereinigung in Freiheit oder zumindest die Befreiung Österreichs erlauben würde. Diese beiden Punkte würden in bezug auf Europa die sowjetischen Absichten einer Prüfung unterziehen. Wir hatten gehofft, diese beiden Probleme zu lösen, und wir waren entschlossen, uns nicht durch geringfügige Hindernisse von diesem Wege abbringen zu lassen.

FUNDAMENTALE HINDERNISSE

Die Hindernisse, denen wir ausgesetzt waren, waren aber nicht geringfügig, sondern fundamentaler Natur.

Der sowjetische Standpunkt trat zu Beginn der Verhandlungen nicht gleich offen zutage. Er wurde mit zweideutigen Worten und Phrasen verdeckt. Im Verlauf der Konferenz jedoch und als Molotow durch uns gezwungen wurde, den Wahrheitsbeweis für seine Worte anzutreten, kamen die wahren sowjetischen Absichten ans Licht.

Die Platz- und Redeordnung am Konferenztisch war so festgelegt, daß mir immer die Rolle zufiel, als erster auf die Darlegungen Molotows zu antworten. Dann kamen der französische Außenminister Bidault und der britische Außenminister Eden. Sie haben mit bemerkenswerter Fähigkeit ihren Teil der Aufgabe übernommen. Uns dreien fiel es zu, das bloßzulegen, was hinter den geschickten Worten Molotows lag. Zum ersten Mal seit fünf Jahren konnte die Bevölkerung Westeuropas und Amerikas, konnten in der Tat alle Menschen, die sehen und hören können, die gegenwärtige, von Molotow selbst dargelegte sowjetische Politik beurteilen und brauchten sich nicht auf Vermutungen und theoretische Betrachtungen zu stützen.

Die sowjetische Außenpolitik lief auf folgendes hinaus:

Die Sowjets bleiben in der Ostzone Deutschlands;

sie lassen die Wiedervereinigung Deutschlands nur unter der Bedingung zu, daß die Kommunisten die Wahlmaschine in Gesamtdeutschland kontrollieren;

sie halten sowjetische Truppen auf unbestimmte Zeit in Österreich;

sie bieten Westeuropa als Zeichen des „guten Willens" der Sowjetunion ein von den Sowjets kontrolliertes Europa an, das die USA ausschließen und ihnen nominell zusammen mit Rotchina die Rolle eines „Beobachters" zuweisen würde.

Dieser letztgenannte Plan der Sowjets, den Molotow unter der Überschrift „Europäische Sicherheit" darlegte, war so absurd, daß die Delegationen der Westmächte sehr zum Ärger der Sowjets sich eines Lächelns nicht erwehren konnten, als Molotow ihn vortrug.

Gelächter ist das Zeichen für die Überwindung der Furcht und zerstört alle Mythen — zwei Waffen, auf die sich die Sowjetunion schon allzu lange verlassen hatte. Beide wurden in dem Moment kaltgestellt, als die Westmächte ihnen lächelnd begegneten.

Aber Molotow tat mehr, als uns nur gelegentlich zu erheitern. Im gleichen Atemzug sagte er dem deutschen Volke, daß der Preis für eine Wiedervereinigung die totale Sowjetisierung sei. Er ließ Österreich wissen, daß es so lange besetzt gehalten würde, bis Deutschland den von den Sowjets genannten Preis bezahlt hätte. Er sagte den Franzosen, daß die westliche Grenze des kommunistischen Machtbereiches der Rhein und nicht die Elbe sein solle. An die Adresse aller westeuropäischen Staaten, einschließlich Großbritanniens, richtete er die Worte, eine momentane Entspannung der Verhältnisse sei nur denkbar, wenn die Amerikaner abzögen.

GLATTE NIEDERLAGE FÜR MOLOTOW

Seine letzten Worte waren hart. Als er die Aufgabe aller Pläne über die Errichtung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, den Abbau der Nordatlantikpakt-Organisation und die Räumung der amerikanischen Stützpunkte forderte, gebrauchte er keine sanften Worte, und vom „neuen Kurs" der Nachfolger Stalins blieb nichts übrig. Damit machte er das ganz klar, worüber mancher noch im Zweifel war.

Die von den Sowjets eingenommene Position ließ ein richtiges Verhandeln gar nicht zu. Es gibt einfach kein Mittelding zwischen freien deutschen Wahlen und den Wahlen, die in der Ostzone Deutschlands durchgeführt wurden und wo man gezwungen war, die kommunistischen Kandidaten zu wählen, da es überhaupt nur eine Namensliste gab.

Es gibt kein Mittelding zwischen einem freien und unabhängigen Österreich und einem von sowjetischen Soldaten besetzten österreichischen Staat.

Es gibt keinen Mittelweg zwischen der Atlantischen Verteidigungsgemeinschaft und dem „Amis go home!"

Zwischen Freiheit und Sklaverei gibt es keinen Kompromiß.

Wir alle danken es Molotow, daß er diese Grundwahrheiten in so einfacher und klarer und erkennbarer Weise deutlich gemacht hat.

Ich erinnerte in meinem Schlußwort auf der Berliner Konferenz am Donnerstag nachmittag daran, daß wir im zweiten Weltkrieg für jene Ziele gekämpft haben, die in der auch von der Sowjetunion gebilligten Atlantik-Charta aufgeführt sind. Eines dieser Ziele war die „Freiheit vor Furcht". Sobald aber der Sieg errungen war, wurde auf Seiten der Sowjets die „Furcht vor Freiheit" zum beherrschenden Motiv des Handelns.

Ich hege keinerlei Zweifel, daß die sowjetischen Machthaber die Freiheit aus tiefem Herzen fürchten. Sie fühlen sich nicht sicher, solange die Freiheit nicht ausgelöscht oder mindestens schutz- und wehrlos ist. Diese Haltung der Sowjets machte es in Berlin unmöglich, in bezug auf die europäischen Fragen zu einer Einigung zu gelangen.

Ich habe bereits auf die Bemühungen der Außenminister der Westmächte verwiesen, Molotow dazu zu bringen, die tatsächlichen Ziele der sowjetischen Politik klarzulegen. Diese Bemühungen verliehen jeder einzelnen der Sitzungen der vier Außenminister eine dramatische Note.

Noch ein weiterer Aspekt war durch dramatische Höhepunkte gekennzeichnet: Ich meine die Versuche Molotows, Uneinigkeit unter den drei Westmächten zu säen.

Molotow beklagte sich gelegentlich einmal darüber, daß er sich doch sehr im Nachteil befinde, da wir drei gegen einen seien. Dies war jedoch, von seinem Standpunkt gesehen, sein großer Vorteil. Es ist viel leichter, Zwietracht unter drei Menschen zu wecken, als einen einzelnen von seiner vorgefaßten Meinung abzubringen. Wenn Molotow bei diesen Bemühungen Erfolg gehabt hätte, dann wäre er als Sieger aus der Konferenz hervorgegangen. Aber gerade in dieser Hinsicht war Berlin eine glatte Niederlage für ihn. Bei Ende der Konferenz herrschte auf Seiten der drei Westmächte größere Einigkeit als zu ihrem Beginn.

Diese Einigkeit ist nicht etwa nur das Ergebnis einer entsprechenden Vorausplanung. Natürlich wurde, und zwar mit Geschick, geplant. Das amerikanische Volk hat allen Grund, auf seine Delegation stolz zu sein. Bei aller Vorausplanung konnte man aber nie alle Schachzüge von vornherein einkalkulieren, die ein so gewitzter Diplomat wie Molotow ersinnen konnte und die eine sofortige Erwiderung notwendig machten. Es war eine natürliche und spontane Einigkeit, die auf der Berliner Konferenz zutage trat. Ihre Wurzeln sind in der Tatsache zu suchen, daß die Außenminister der drei Westmächte Regierungen und Völker vertreten, die sich der Sache der menschlichen Freiheit und der Achtung der Integrität jedes einzelnen Staates verschrieben haben, beides Dinge, die Molotow attackierte.

WIEDERVEREINIGUNG — ABER NICHT ALS SATELLIT

Es ist ein großes Unglück für das deutsche Volk, daß die Teilung Deutschlands und Berlins bestehen bleibt; und es ist ein großes Unglück für das österreichische Volk, daß das Land besetzt bleibt und weiterhin wirtschaftlich ausgebeutet wird. Man kann aber zum ewigen Ruhme dieser beiden Völker sagen, daß sie nicht wünschen, wir hätten anders gehandelt, als wir gehandelt haben.

Die Delegation beider österreichischen Regierungsparteien hat sich gegenüber der Sowjetunion zu jeder Konzession bereit erklärt, die mit ihrer nationalen Ehre vereinbar ist, lehnte es jedoch mit aller Bestimmtheit ab, darüber hinaus irgendwelche Zugeständnisse zu machen.

Wir standen mit der Regierung und den führenden Politikern der Bundesrepublik Deutschland in ständiger Verbindung, und wir wußten wohl, sie wollten nicht, daß wir die Einheit Deutschlands um den Preis, dieses Land zu einem sowjetischen Satelliten zu machen, erkaufen. Die Deutschen, die heute unter sowjetischer Herrschaft leben, hatten keine Regierung, die sie vertreten konnte, aber wir haben diese Menschen in Ostberlin gesehen. Sie bildeten einen überraschenden und erschreckenden Kontrast zu der Westberliner Bevölkerung. Dort sahen wir aufgeschlossene Gesichter und wurden überall mit Lächeln und Freuden begrüßt. Im Sowjetsektor Berlins trugen die Menschen unter den wachsamen Augen der allgegenwärtigen schwer bewaffneten Polizei nur erstarrte Mienen zur Schau, wir sahen nur hagere Gesichter. Einige winkten mir hinter dem Rücken der Polizisten zu, und viele haben mir Briefe geschrieben, die mich auf heimlichen Wegen erreichten. In diesen Briefen brachten sie klar zum Ausdruck, daß sie leidenschaftlich nach einer Vereinigung mit Westdeutschland verlangen; doch wollten sie diese Vereinigung nicht unter Bedingungen, die nicht nur ihre Versklavung nicht tatsächlich beendet, sondern diese Versklavung auch noch auf ihre Brüder im Westen Deutschlands ausgedehnt hätten.

Die fremden Völker, die unter sowjetischer Herrschaft leben, dürfen wissen, daß die Vereinigung Deutschlands oder die Befreiung Österreichs, ja sogar die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Polens, der Tschechoslowakei und der übrigen Satellitenländer durch nichts, was sich in Berlin ereignete, in weitere Ferne gerückt worden ist. Ich habe in Berlin mit meinen Ansichten über diese Fragen nicht hinter dem Berge gehalten. In meinen abschließenden Ausführungen vor den drei anderen Außenministern sagte ich: „Wir glauben nicht, daß die Bevölkerung Deutschlands oder Österreichs oder anderer Nachbarländer ihre Hoffnungen in dieser Beziehung begraben müssen".

Ich bin gewiß, daß ich damit dem Gefühl des amerikanischen Volkes voll Ausdruck verliehen habe.

Die Regierungen Frankreichs und Großbritanniens wiesen ohne zu zögern den sowjetischen Vorschlag zurück, der einen „Frieden" in Europa um den Preis eines ungeeinten Westeuropa gegenüber einem gewaltigen, fest konsolidierten Sowjetblock bedeutet hätte.

So hat sich in bezug auf Europa vieles geklärt. Die Sowjetunion hat ihre Gegenvorschläge zu den Plänen des Westens vorgebracht, und sie sind so unannehmbar, daß es wohl keine andere Wahl gibt, als den bisherigen Weg weiter zu verfolgen. Das ist jedenfalls die Überzeugung der Vereinigten Staaten.

Mit Molotow hatte ich zwei private Unterredungen über die Förderung des Planes Präsident Eisenhowers über die Atomenergie. Wir haben uns über den nächsten Schritt bezüglich des Verfahrens geeinigt, und zwar dahingehend, daß der Meinungsaustausch zwischen Moskau und Washington über die sowjetische Botschaft in Washington geführt wird. Ich muß in diesem Zusammenhang feststellen, daß auf der Berliner Konferenz ein Beschluß angenommen wurde, über die Beschränkung der Rüstungen in einen Meinungsaustausch einzutreten, wie ihn die Resolution der Vereinten Nationen vom November 1953 empfiehlt. Es wurde jedoch ausdrücklich festgelegt, daß diese Besprechungen weder die davon unabhängige Entwicklung von Präsident Eisenhowers Atomenergieplan ersetzen noch sich mit ihr überschneiden werden.

Wir haben ferner über die Frage eines Friedens in Korea und Indochina verhandelt.

USA ERKENNEN ROTCHINA NICHT AN

Wir traten für eine politische Konferenz über Korea ein, weil wir es für eine Pflicht gegenüber uns, dem koreanischen Volke und den Vereinten Nationen halten, einen Versuch zu unternehmen, das durch den Waffenstillstand in zwei Hälften geteilte Korea durch einen auf friedlichem Wege vereinigten koreanischen Staat zu ersetzen. Der koreanische Waffenstillstandsvertrag sieht eine solche Konferenz mit den Kommunisten vor. Seit über sechs Monaten jedoch haben die Kommunisten jedes Übereinkommen bezüglich des Termins, des Tagungsortes oder der Zusammensetzung dieser Konferenz vereitelt. Bereits im vergangenen September hatten die Vereinigten Staaten mit Zustimmung des koreanischen Staatspräsidenten Rhee Genf als Tagungsort der Konferenz vorgeschlagen. Dieser Vorschlag war jedoch abgelehnt worden.

Wir schlugen gleichfalls in Übereinstimmung mit Staatspräsident Rhee vor, daß die Konferenz von Rotchina, Sowjetrußland, Nordkorea und, auf Seiten der Vereinten Nationen, von der Republik Korea und jenen sechzehn Mitgliedstaaten der UN, die an den Kampfhandlungen in Korea beteiligt waren, beschickt werden sollte. Dieser Vorschlag wurde zurückgewiesen. Die Kommunisten bestanden darauf, daß eine Gruppe der „neutralen" Staaten Asiens anwesend sein müsse und daß die Sowjetunion zu diesen „neutralen" Staaten gehöre und damit nicht an die Konferenzbeschlüsse gebunden sein würde.

Wir konnten alle diese Fragen in Berlin lösen. Wir kamen überein, in Genf eine Konferenz abzuhalten, wie wir das vor langem bereits vorgeschlagen hatten. Hierbei werden die Teilnehmer genau die gleichen sein, um die sich die USA, die Republik Korea und die Vollversammlung der Vereinten Nationen bemüht hatten. Es werden keine „neutralen" Staaten aus Asien an der Konferenz teilnehmen.

Gewisse Kreise haben die Befürchtung ausgesprochen, daß die Abhaltung dieser Konferenz auf eine Anerkennung Rotchinas durch die Vereinigten Staaten hinausliefe. Diese Befürchtung entbehrt jeder Grundlage. Wer in der Welt meint, die geplante Konferenz von Genf bedeute die Anerkennung Rotchinas, der billigt den Kommunisten Erfolge zu, die sie in Berlin nicht erringen konnten. Die in Berlin angenommene Resolution besagt ausdrücklich — und ich zitiere wörtlich — ‚es wird festgestellt, daß weder die Einladung zu noch das Abhalten der obengenannten Konferenz als diplomatische Anerkennung in irgendeinem Falle betrachtet werden soll, in dem das noch nicht geschehen ist'.

Ich erklärte Molotow in aller Offenheit, ich würde nicht mit Vertretern Rotchinas zusammenkommen, wenn nicht ausdrücklich Übereinstimmung darüber erzielt und dies schriftlich niedergelegt würde, daß dies nicht die Anerkennung Rotchinas durch die Vereinigten Staaten bedeute.

EINE WICHTIGE KONZESSION

Außenminister Molotow widersetzte sich dieser Klausel bis zu allerletzt. Er wollte uns mit allen Mitteln und allen Kniffen, direkt und über unsere Verbündeten hinweg, dazu verlocken, mit Rotchina als einer der fünf Großmächte zusammenzutreffen. Wir lehnten ab, und unsere englischen und französischen Freunde standen an unserer Seite. Als wir zur letzten Sitzung am vergangenen Donnerstag nachmittag zusammentrafen, wußte ich noch nicht, welche endgültige Stellung Molotow einnehmen würde. Bis dahin hatte er meinen Standpunkt noch nicht akzeptiert. Wir wollten uns gegen sieben Uhr abends vertagen. Gegen sechs Uhr, also sechzig Minuten vor der Schließung der Sitzung — gab Molotow bekannt, er sei bereit, unsere Nichtanerkennungsklausel anzunehmen.

Eine Konzession der Sowjets von so großer Wichtigkeit sollte nicht unbeachtet bleiben.

Meine Grundhaltung zu Rotchina war so klar zum Ausdruck gebracht worden, daß es Mißverständnisse nicht geben kann.

Auf der ersten Sitzung, am 26. Januar, erklärte ich: ‚Ich möchte hier ganz klar und eindeutig aussprechen, was der sowjetische Außenminister übrigens schon weiß: Die Vereinigten Staaten werden sich nicht bereit erklären, sich mit den chinesischen kommunistischen Aggressoren in einer Fünfmächte-Konferenz zusammenzusetzen, um sich allgemein mit dem Weltfrieden zu befassen. Die Vereinigten Staaten weigern sich nicht, wie es heißt, weil sie etwa verneinen, daß dieses Regime existiert oder die Macht im Lande ausübt. Wir in den Vereinigten Staaten wissen nur zu genau, daß dieses Regime existiert und über Macht verfügt. Denn seine aggressiven Armeen haben sich mit den nordkoreanischen Aggressoren zusammengeschlossen, um 150 000 Amerikaner zu töten oder zu verwunden ..... Die Vereinigten Staaten weigern sich nicht, sich mit diesem Regime zu befassen, wenn es die Situation erforderlich macht ..... Es ist aber eines, das Böse als eine Tatsache anzuerkennen, es ist ganz etwas anderes, das Böse an die Brust zu nehmen und es gut zu nennen.'

Daraus erklärt sich unsere Weigerung, das kommunistische Regime anzuerkennen, wie auch unsere Opposition gegen eine Aufnahme dieses Regimes in die Vereinten Nationen.

Ich halte an dieser Position kompromißlos fest. Sie hat ihren Niederschlag im Abschlußkommuniqué der Berliner Konferenz gefunden. Gemäß dieser Resolution wird Rotchina nicht nach Genf kommen, um von uns dort mit Ehren empfangen zu werden, sondern vielmehr um vor der Weltöffentlichkeit Rechenschaft abzulegen.

In der Berliner Resolution wird auch das indochinesische Problem berührt. Es heißt darin, daß ‚die friedliche Errichtung eines vereinigten und unabhängigen Koreas ein wichtiger Faktor .... bei der Befriedung anderer Teile Asiens sein würde'. Am Schluß der Resolution wird erklärt, daß ‚das Problem der Wiedererrichtung des Friedens in Indochina ebenfalls auf der Konferenz erörtert werden soll.'

Dieser Teil der Resolution geht selbstverständlich in erster Linie Frankreich an. Für die Vereinigten Staaten jedoch ist die politische Entwicklung in diesen Gebieten von lebenswichtigem Interesse, und wir unterstützen die Streitkräfte der französischen Union bei der Niederschlagung der kommunistischen Aggression durch die Gewährung von finanzieller Hilfe und durch Lieferung militärischer Ausrüstung.

Es sind jedoch die Franzosen und die Völker der assoziierten Staaten von Indochina, die aktiv in einem Kriege kämpfen, der nun schon acht Jahre dauert. Sie besitzen unser Vertrauen und unsere Unterstützung. Wir helfen ihnen mit unserem Rat, und dieser Rat wird von ihnen auch geschätzt und berücksichtigt. Doch ebenso wie die Vereinigten Staaten sich in einer besonderen Lage in bezug auf den Waffenstillstand in Korea befinden, so nimmt auch Frankreich eine besondere Stellung in bezug auf Indochina ein.

Ich bin mir wohl bewußt, daß die Sowjetunion sich nicht einschränkungslos unseren Bedingungen für eine politische Konferenz über Korea gebeugt haben würde, wenn sie nicht hoffte, daraus für sich Kapital schlagen zu können. Aber das trifft auch für uns zu.

Ich kann mir einige Vorteile vorstellen, die die Sowjets zu erringen wünschen, die uns nicht angenehm wären und die wir verhüten sollten. Aber ich möchte den Gedanken doch nicht völlig von mir weisen, daß die Sowjetunion tatsächlich den Frieden in Asien wünschen mag.

Wir werden hoffen und abwarten. In der Zwischenzeit werden wir auf der Hut sein.

Es ist jedoch nicht einzusehen, warum wir uns weigern sollten, unsere Ziele auf friedlichem Wege zu erreichen, aus Furcht, am Konferenztisch ausmanövriert zu werden. Niemand, der die Berliner Konferenz offenen Auges beobachtet hat, wird glauben, man hätte uns auf der Berliner Konferenz an die Wand gedrückt.

Wir brauchen uns nicht aus Furcht der Mittel der Diplomatie und aller ihrer Möglichkeiten zu begeben. Unsere Sache ist nicht so schlecht, und unsere Fähigkeiten sind nicht so klein, daß sich unser Volk in seinem Bemühen um Sicherheit schmollend in die eigenen vier Wände zurückziehen müßte.

In Berlin gewannen die freien Völker aus erster Hand einen genauen Überblick über die politischen Absichten der Sowjets nach dem Tode Stalins. Die gewonnenen Erkenntnisse sind nicht gerade beruhigend. Sie beweisen vielmehr, daß die freien Völker an ihrer Einigkeit festhalten und in ihrer Entschlossenheit beharren müssen, ihre militärische Stärke zu mehren und den allgemeinen Lebensstandard zu heben, auf daß sie eine Position erringen, die jeden Aggressor von vornherein abschreckt und die umgekehrt die Voraussetzung bietet, daß die Ideale der Freiheit die ihnen innewohnenden dynamischen Kräfte entfalten können.

ENTSCHEIDEND IST DAS SITTLICHE PRINZIP

Wir müssen auch weiterhin an unserem Glauben festhalten, daß die Völker und Staaten, die heute noch nicht Herr ihrer eigenen Geschicke sind, das Recht haben, ihr Schicksal mit eigenen Händen zu gestalten.

Wenn wir dies alles verwirklichen — nicht mit kriegerischen Mitteln, aber dafür mit wägendem Verstand und mit Vernunft — und wenn wir stets bereit bleiben, jedes Zeichen zu beachten, das auf ein Aufdämmern der Erkenntnis unter den sowjetischen Machthabern hindeutet, daß die Freiheit nicht zu fürchten ist, sondern daß man sie vielmehr willig auf sich nehmen kann, dann werden in den vor uns liegenden ereignisvollen Monaten unsere Hoffnungen auf einen wirklichen Weltfrieden steigen — Hoffnungen, denen Präsident Eisenhower im April und Dezember vergangenen Jahres so beredt Ausdruck verliehen hat.

In allen diesen Fragen fällt uns Amerikanern eine besondere Verantwortung zu.

Im Laufe der vergangenen Jahre hat das furchtbare Problem, sich mit der sowjetischen Expansionspolitik auseinandersetzen zu müssen, viele Menschen seelisch und moralisch vollkommen verstört. In gewisser Weise könnte man von einer Gehirnwäsche in einem derartigen Ausmaß sprechen, daß viele Menschen bereit sind, die Grundsätze der Gerechtigkeit für eine kurze Atempause zu verschachern.

Unsere letzte Zuflucht sind nicht Dollars, nicht ferngelenkte Geschosse, nicht Massenvernichtungsmittel. Unsere entscheidende Waffe ist das sittliche Prinzip.

In seiner Abschiedsrede rief George Washington unser Volk auf, allen anderen gegenüber stets Gerechtigkeit walten zu lassen. ‚Es wird', so sagte er, ‚einer freien, aufgeklärten und — in nicht allzu ferner Zukunft — großen Nation würdig sein, der Menschheit das bisher erste Beispiel eines Volkes zu geben, das stets dem Grundsatz einer höheren Gerechtigkeit folgt ... Der Versuch, zumindest, empfiehlt sich.'

Und in der Tat hat dieser Rat unserer Nation in ihrer Geschichte zumeist als Leitstern gedient, und so sind wir die große Nation geworden, die Washington aufsteigen sah. Dies aber ist nicht der Augenblick, in dem wir uns von diesem leitenden Grundsatz abwenden dürfen. Es ist nicht der Augenblick, in dem wir den uns gebotenen Möglichkeiten ausweichen dürfen in der Furcht, ihnen nicht gewachsen zu sein. Wenn das, was wir verfechten, richtig ist, was haben wir dann zu fürchten?

Es gibt in Europa Menschen, die wünschen, wir ließen unsere Freunde in Asien im Stich, da sie hoffen, damit etwas für Europa zu gewinnen. Und es gibt in Asien Menschen, die wünschen, wir ließen unsere Freunde in Europa im Stich, da sie hoffen, damit etwas für Asien zu gewinnen. Wir scheuen uns, sie dieserhalb zu tadeln, denn sie haben Belastungen zu ertragen, die uns durch unseren materiellen Wohlstand und unsere geographische Lage erspart geblieben sind. Ja, es gibt sogar Menschen in Amerika, die wünschen, wir opferten unsere Freunde in Asien und in Europa um einiger Vorteile willen, die sie für uns erhoffen.

Ich trete nicht dafür ein, daß Amerika seine Außenpolitik allein zum Wohle anderer Völker betreiben sollte. Die amerikanische Außenpolitik sollte das Wohl des amerikanischen Volkes fördern. Doch sollen wir wissen, daß wir das Wohl unseres eigenen Landes durch zynische Taten, die allen moralischen Grundsätzen widersprechen, nicht wirklich fördern können. In einer Welt, in der keine Nation auf sich allein gestellt leben kann, kommt es der Selbstvernichtung gleich, wenn wir unseren Freunden Unrecht tun. Wir müssen getreu unseren Grundsätzen wie ein fester Fels im Meere stehen, auf den die anderen vertrauen können, und so werden wir stehen, wenn wir den Ratschlag George Washingtons befolgen und unser Volk sich auch in Zukunft von dem Grundsatz der „höheren Gerechtigkeit“ leiten läßt.



Herausgegeben vom US-Informationsdienst, Bad Godesberg 1